

PRESSEMITTEILUNG

Initiative warnt vor der geplanten massiven Erhöhung der Tabaksteuer

Boom für den Schwarzmarkt statt Mehreinnahmen für Deutschland

- Massive Steuererhöhung droht zum Konjunkturprogramm für den Schwarzmarkt zu werden
- Mehreinnahmen für den Staat sind keineswegs garantiert
- Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher würden zusätzlich belastet

Berlin, 21. September 2026 – Die Pläne der Bundesregierung für weitere deutliche Erhöhungen der Tabaksteuer stoßen auf Kritik. Die Initiative „Tabaksteuer mit Augenmaß“ fordert unter dem Motto „Mehr Realismus wagen!“, die Folgen der Steuerpolitik für Verbraucher, Handel, Staatseinnahmen und den illegalen Markt stärker zu berücksichtigen.

„Eine Steuerpolitik mit Augenmaß muss berücksichtigen, was passiert, wenn legale Produkte immer unattraktiver werden“, sagt Jan Mücke, Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse e.V. (BVTE) und Sprecher der Initiative. Auch die BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft schließt sich den Bedenken an: „Die geplante Tabaksteuererhöhung wird zum Konjunkturprogramm für die Organisierte Kriminalität“, sagte Thomas Liebel, BDZ-Bundesvorsitzender in einem Interview mit der Welt im Juli 2026.

Die Initiative hält die geplante Erhöhung der Tabaksteuer in der derzeit vorgesehenen Dimension für gesundheitspolitisch fragwürdig, wirtschaftlich problematisch und ordnungspolitisch hochriskant. Sie warnt vor zusätzlichen Belastungen für Verbraucher, deutlichen Einbußen im legalen Handel und einer Stärkung illegaler Märkte. Jan Mücke: „Die Verbraucher werden zunehmend auf illegale Produkte ausweichen, wenn diese deutlich günstiger sind. Illegale Zigaretten und Tabakprodukte unterliegen keiner Qualitätsprüfung. Deshalb fordert unsere Initiative eine Tabaksteuerpolitik mit Augenmaß.“

Aus Sicht der Initiative sprechen fünf zentrale Gründe dafür, die geplante Steuererhöhung zu überdenken und die derzeitige Planung anzupassen:

1. Unsichere Wirkung auf den Bundeshaushalt

Höhere Steuern führen nicht zwangsläufig zu höheren Einnahmen. Entscheidend ist, ob legale Produkte für Verbraucher erreichbar bleiben und der legale Markt stabil bleibt.

2. Risiko eines wachsenden Schwarzmarkts

Stark steigende Preise können Verbraucher in illegale Bezugsquellen drängen. Davon profitieren Schmuggler, Fälscher und organisierte Kriminalität.

3. Zusätzliche Belastung für Verbraucher

Eine deutliche Preissteigerung trifft insbesondere Raucherinnen und Raucher mit geringeren Einkommen und erhöht den Druck auf legale Kaufentscheidungen.

4. Belastung für den legalen Handel

Kioske, Händler und mittelständische Betriebe können Umsatzverluste erleiden, wenn legale Produkte durch Steuererhöhungen deutlich unattraktiver werden.

5. Kontrolle nur im legalen Markt möglich

Ein stabiler legaler Markt ist Voraussetzung für wirksamen Jugend- und Verbraucherschutz sowie für staatliche Kontrolle.

Nach den derzeit diskutierten Plänen der Regierung sollen die Preise für eine Packung mit 20 Zigaretten in den kommenden Jahren deutlich steigen – bis zum Jahr 2030 auf rund 12 Euro. Die Initiative warnt davor, die Tabaksteuer vorrangig als Instrument zur kurzfristigen Erzielung zusätzlicher Einnahmen zu betrachten. Höhere Steuersätze führen nicht automatisch zu dauerhaft höheren Einnahmen, wenn zugleich der legale Markt geschwächt werde.

Deutschland verfügt bereits über ein etabliertes System schrittweiser Tabaksteuererhöhungen. Zum 1. Januar 2026 stieg der Steuersatz für Zigaretten auf 12,28 Cent je Stück zuzüglich 19,84 Prozent des Kleinverkaufspreises. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, wie hoch die Steuer maximal steigen kann, sondern welche Steuerhöhe langfristig tatsächlich funktioniert.

Gesundheitsschutz braucht Differenzierung

Aus Sicht der Initiative sollte eine moderne Tabakpolitik zudem stärker zwischen unterschiedlichen Produktkategorien unterscheiden. Zigaretten, Tabak zum Erhitzen und E-Zigaretten beziehungsweise Liquids unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Produkteigenschaften und ihres Risikoprofils. Eine pauschale steuerliche Gleichbehandlung werde diesen Unterschieden nicht gerecht.

Deshalb ist eine wissenschaftsbasierte und risikodifferenzierte Regulierung nötig. Jan Mücke: „Wer gesundheitspolitisch etwas erreichen will, sollte nicht alle Produkte über einen Kamm scheren. Entscheidend ist, welche Regulierung nachweislich zu weniger schädlichem Konsum führt und nicht, welche Maßnahme die höchsten Steuereinnahmen verspricht.“

Regulierung statt Schattenmarkt bei Nikotinbeuteln

Dabei liegt ein erheblicher Teil möglicher zusätzlicher Steuereinnahmen bereits heute buchstäblich auf der Straße. Rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland nutzen bereits Nikotinbeutel, dennoch fehlt weiterhin ein klarer Rechtsrahmen. Während 20 von 27 EU-Mitgliedstaaten Nikotinbeutel

reguliert haben, bleibt der deutsche Markt weitgehend unkontrolliert. Ein legaler und angemessen besteuert Markt könnte nach Branchenschätzungen jährlich rund 400 bis 500 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Gleichzeitig würden Jugend-, Verbraucher- und Produktsicherheit gestärkt, weil der bestehende Markt endlich in kontrollierte und überwachte Strukturen überführt würde.

Verlässlichkeit statt immer neuer Steuerschocks

Die Wirtschaft und insbesondere der Handel benötigen nach Auffassung der Initiative vor allem Planungssicherheit. Wiederholte oder vorgezogene Steuererhöhungen erschweren Kalkulation, Preisgestaltung und Lagerplanung. Auch für Verbraucher sind abrupte Preissprünge problematisch und sozial ungerecht.

Die Unterstützer von „Tabaksteuer mit Augenmaß“ betonen ausdrücklich, dass ein wirksamer Jugend- und Gesundheitsschutz und eine maßvolle Tabaksteuerpolitik kein Widerspruch sind. Im Gegenteil: Eine erfolgreiche Politik müsse mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen – den Konsum reduzieren, Jugendliche schützen, den legalen Markt kontrollierbar halten, illegale Angebote zurückdrängen und gleichzeitig verlässliche Staatseinnahmen sichern.

Mücke: „Wir brauchen keine Tabaksteuerpolitik nach dem Motto ‚je höher, desto besser‘. Wir brauchen eine Politik, die ihre Konsequenzen mitdenkt. Gesundheitsschutz, solide Staatsfinanzen und die Bekämpfung des Schwarzmarktes lassen sich nur zusammen erreichen mit einer Tabaksteuer mit Augenmaß.“

Info

Die Initiative „Tabaksteuer mit Augenmaß“ setzt sich für eine ausgewogene Tabaksteuerpolitik ein, die gesundheitspolitische Ziele mit den Auswirkungen auf Verbraucher, Handel, Staatseinnahmen und den illegalen Markt verbindet. Verantwortlich ist der Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse e.V. (BVTE). Zu den Unterstützern gehören: British American Tobacco (Industrie) GmbH, JT International Germany GmbH, Philip Morris GmbH und Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH, Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. und Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V..

Ausführliche Informationen zur Initiative „Tabaksteuer mit Augenmaß“ finden Sie unter folgendem Link: www.tabaksteuer-mit-augehmaß.de

Kontakt für Rückfragen:

Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE)

Jan Mücke, Hauptgeschäftsführer

Tel. +49 30 88 66 36-123

presse@bvte.de | [linkedin.com/company/bvte](https://www.linkedin.com/company/bvte)

bvte.de